

Im Osten was Neues

Beschluss des 14. Parteitages der CDU Deutschlands

Der Aufbau Ost muss zum Aufbruch in ein modernes und erfolgreiches Deutschland werden

Seit Wiederherstellung der staatlichen Einheit sind Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und ganz Berlin feste Bestandteile der Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen in den neuen Ländern hat sich seitdem entscheidend verbessert. Durch das Engagement der Ostdeutschen und die Solidarität der Westdeutschen wurden große Erfolge erzielt. Der Osten ist sichtbar aufgeblüht. Das Ziel einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung ist jedoch noch nicht erreicht.

Im nächsten Jahrzehnt wird Ostdeutschland zur Mitte Europas. Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft wird zu weitreichenden Veränderungen führen. Beides muss als Chance begriffen werden, die wirtschaftlichen Strukturen so zu gestalten, dass sie auf schnellstem Wege diesen Herausforderungen gerecht werden.

Die bisherige Orientierung an der schnellstmöglichen Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse der alten Länder kann dabei nicht der alleinige Maßstab für den Aufbau Ost sein. Nicht der bis in alle Einzelheiten kopierte Nachbau West, sondern die kreative Neuausrichtung an den Erfordernissen des weltweiten Wettbewerbs muss das Markenzeichen für den Aufbau Ost sein.

Innerhalb der neuen Länder gibt es Unterschiede: Trotz gleicher Ausgangslage im Jahre 1990 haben sich die CDU-geführten Länder Sachsen und Thüringen insbesondere von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern deutlich abgesetzt. Gleichwohl bestehen Unterschiede zwischen Ost und West fort, die qualitativ nicht mit dem Süd-Nord-Gefälle innerhalb der alten Länder gleichgesetzt

werden können. Besondere Anstrengungen für den Aufbau Ost werden noch viele Jahre nötig sein.

Die Union ist die Partei der deutschen Einheit und bleibt der Garant für die innere Einheit Deutschlands. Die Kompetenz der Union in der Wirtschaftspolitik ist auch weiterhin die Voraussetzung dafür, Wohlstand zu garantieren und die sozialen Sicherungssysteme neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Für die Menschen in den neuen Ländern ist dies eine der wichtigsten Grundlagen ihres Vertrauens in das politische System der Bundesrepublik Deutschland.

Die Union als moderne Volkspartei weiß um die Notwendigkeit, dass eine positive Rückbesinnung auf die demokratischen Traditionen unserer Geschichte fest im Bewusstsein der Menschen verankert bleiben muss. Wichtiger Bestandteil ist die Tatsache, dass die Ostdeutschen mit ihrer friedlichen Revolution vom Herbst 1989 den Sozialismus überwunden haben. Durch die friedliche Revolution und das entschlossene Handeln der damaligen CDU-geführten Bundesregierung konnte die Einheit in Freiheit vollendet werden.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die Chance der neuen Länder besteht in der intelligenten Verknüpfung und Meisterung der Herausforderungen weltweiten Wettbewerbs und zunehmender Regionalisierung, dem Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und der EU-Osterweiterung.

1. Mit hoher Motivation und attraktiven Standortfaktoren müssen Unternehmer, Fachkräfte und Investoren aus aller Welt gewonnen werden.

Der Aufbau Ost muss zum Synonym für einen erneuten "Aufbruch" werden. Die Fähigkeit der Ostdeutschen, in kürzester Zeit fundamentale Veränderungen zu meistern, muss konsequent als wichtiger Standortfaktor genutzt werden.

2. Der selbsttragende Wirtschaftsaufschwung muss über die Stärkung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Ostdeutschland erreicht werden.

Die neuen Länder müssen einen mehrfachen Kraftakt bewältigen: die endgültige Beseitigung der Erblasten der SED-Diktatur, den Wandel zur Wissensgesellschaft und die EU-Osterweiterung.

3. Der Aufbau flexibler Netzwerke muss Priorität vor festgefügt Strukturen bekommen.

Diese Netzwerke müssen zwischen kleinen Unternehmen sowie zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Dienstleistern und produzierendem Gewerbe, Unternehmen und Arbeitnehmern, zwischen Wirtschaft, Sport und Kultur und zwischen Schule, Universität und Wirtschaft geschaffen werden.

4. Industrienaher Forschung muss als wesentlicher Faktor von Innovationsfähigkeit weiter vorangebracht werden.

Die tatsächliche Umsetzung von Forschungsergebnissen in wettbewerbsfähige Produkte muss durch verbesserten Technologietransfer erfolgen.

5. Den Ländern muss bei der Wirtschaftsförderung mehr Autonomie eingeräumt werden.

Es müssen dabei auch Möglichkeiten geschaffen werden, sich auf Wachstumspole zu konzentrieren. Regionen ohne unmittelbare Anbindung an Ballungsräume müssen ihre spezifischen Vorteile nutzen, indem sie sich noch stärker an der Entwicklung zu ortsunabhängigen Arbeitsplätzen und zu "virtuellen Unternehmen" orientieren.

6. In den neuen Ländern muss wieder eine überdurchschnittlich hohe Investitionsdynamik durch privates wie auch öffentliches Kapital gesichert werden.

Die Pro-Kopf-Investitionen bei Ausrüstungen in den Betrieben müssen in den nächsten Jahren wieder über dem gesamtdeutschen Maßstab liegen. Zur

Stärkung des Mittelstandes müssen Unternehmen bis zu einem Umsatz von 2,5 Millionen Euro Umsatzsteuer nur auf Basis der tatsächlich vereinnahmten Entgelte abführen.

7. Existenzgründungen als wichtiger Katalysator für Strukturwandel und die Kultur der Selbständigkeit müssen weiter vorangebracht werden.

Gerade für Existenzgründer müssen bürokratische Hemmnisse abgebaut und Förderinstrumente transparenter gemacht werden.

8. Es müssen Strategien für mehr Mobilität entwickelt und gleichzeitig die Attraktivität für den Zuzug von Talenten erhöht werden.

Es dürfen weder hoch subventionierte Programme zum Bleiben, noch solche zur Abwanderung aufgelegt werden. Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Regionen müssen so gestaltet werden, dass keine Gründe für Abwanderung bestehen.

9. Die neuen Länder müssen weiter die Freiheit haben, neue Rechtsformen und Experimentierklauseln zu erproben.

Insbesondere müssen neue Verfahren zur Beschleunigung des Planungsrechts gezielt erprobt, angewandt und auf die alten Länder übertragen werden. Die Deregulierung muss gerade das Baurecht erfassen.

10. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, neue Formen der permanenten Qualifizierung innerhalb und außerhalb der Unternehmen zu gewährleisten.

Arbeit und kontinuierliche Weiterqualifizierung müssen in stärkerem Maße miteinander verknüpft werden. Deshalb müssen vorhandene und neu zu schaffende Bildungseinrichtungen zu echten Dienstleistern für die Unternehmen entwickelt werden.

11. Im Sinne einer gerechten Wirtschaftsordnung muss sich die Zahlungsmoral deutlich verbessern.

Es müssen rechtliche Schritte - bis hin zu einschneidenden Gesetzesänderungen - ergriffen werden, um die rechtlichen Möglichkeiten der Leistungserbringer im Falle ungerechtfertigter Zahlungsverweigerung zu erweitern.

12. Es müssen grundlegende Reformen des Arbeitsmarktes, der Sozialversicherungssysteme und des gesamten Regelwerkes rund um das Unternehmen durchgeführt werden.

Im Osten muss konsequent an der weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes festgehalten werden. Diese Vorreiterrolle der neuen Länder muss zur Überarbeitung der überholten Regelwerke des Westens führen. Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene müssen rechtlich abgesichert werden.

13. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Verträge haben.

Betriebswirtschaftlich sinnvolle Lohndifferenzierung muss Vorrang vor vollständiger Lohnangleichung haben. Die Flächentarifverträge müssen für betriebliche Sondervereinbarungen geöffnet werden, insbesondere für die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie die Einführung von mehr erfolgsabhängigen Einkommensbestandteilen.

14. Gering vergütete Arbeit muss attraktiver werden als Arbeitslosigkeit; Arbeitslosen- und Sozialhilfe als "Lebenshilfe" müssen zusammengefasst werden.

Über den Weg von Experimentierklauseln müssen zusätzliche Anreize zur Übernahme von Arbeit, beispielsweise bei personenbezogenen Dienstleistungen, geschaffen werden. Finanzielle Unterstützungen müssen an die Möglichkeiten eigenen Erwerbseinkommens angepasst werden. Die

Einstiegsgrenze für die Einkommensbesteuerung muss oberhalb dieser finanziellen Lebenshilfe liegen.

15. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen die Beschäftigungsfähigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt verbessern.

Arbeitsmarktpolitik muss entsprechend evaluiert und konzentriert werden. Die entstehenden Spielräume müssen genutzt werden, um frei werdende Mittel den Kommunen für investive Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

16. Beschäftigungsprogramme als soziale Maßnahmen müssen neu strukturiert werden und als solche transparent sein.

Solche Maßnahmen bleiben partiell weiterhin notwendig. Sie sind in den vom Strukturwandel besonders hart betroffenen Regionen unverzichtbar. Für Langzeitarbeitslose müssen Aufgabenfelder außerhalb der Erwerbsarbeit erschlossen werden.

17. Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen müssen am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet und auf die regionalen Bedingungen abgestimmt werden.

Hier muss eine enge Abstimmung mit den regionalen Wirtschaftsverbänden und -kammern erfolgen. Zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit müssen Umschulungsmöglichkeiten in noch existierenden Unternehmen zugelassen werden. Die Zuwendungsrichtlinien für alle Förderprogramme der Arbeitsverwaltung müssen geöffnet und ein effizienter Einsatz von Kombilöhnen muss gewährleistet werden. Jobsharing-Modelle sowie Fortbildung und Qualifizierung müssen die Altersstruktur in den Unternehmen stärker berücksichtigen.

18. Die Sonderregelungen Ost bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst müssen abgeschafft werden.

Bis zum Jahr 2007 muss im öffentlichen Dienst des Bundes eine Angleichung der Tarife erfolgen. Für Bundesbedienstete bedeutet das beginnend ab dem Jahr 2003 in jährlichen Schritten eine Erhöhung von je zwei Prozentpunkten. Für die Länder müssen bei Besoldungs- und Zulagenregelungen Öffnungsklauseln zugelassen werden, damit leistungsorientiert, flexibel und der wirtschaftlichen Lage entsprechend bezahlt werden kann. Auf Grund der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in verschiedenen Landesteilen ist die Wiedereinführung eines Ortszuschlages in jedem Fall sinnvoll.

19. Die Sonderregelungen Ost bei Honoraren für die freien Berufe müssen abgeschafft werden.

Die Honorare für niedergelassene Kassenärzte müssen bis zum Jahr 2007 schrittweise um jährlich drei Prozentpunkte erhöht werden. Die Budgetierung im Gesundheitswesen muss schnellstens aufgehoben werden, weil sonst gerade in den neuen Ländern eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet ist. Die Honorare für Rechtsanwälte und Notare müssen ebenfalls bis spätestens 2007 in Deutschland einheitlich sein.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Deutschland in der Mitte Europas braucht eine leistungsfähige Infrastruktur als Voraussetzung, um auch im 21. Jahrhundert Wachstum und Beschäftigung und damit Wohlstand und Lebensqualität für seine Bürger zu sichern. Die bestehenden Rückstände bei der Infrastrukturausstattung in Ostdeutschland beeinträchtigen die Standortqualität für Investoren. Der forcierte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist deshalb absolut notwendig und die beste Ansiedlungspolitik.

20. Der Ausbau der Infrastruktur in den neuen Ländern muss schneller vorangetrieben werden; die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit und das Umgehungsstraßenprogramm müssen in dem dringend neu aufzustellenden Bundesverkehrswegeplan vorgezogen werden.

Die Chancen des Standortes neue Länder müssen durch ein modernes Fernstraßennetz sowie ein überregionales Schienennetz gesichert werden. Zur zügigen Realisierung muss ein Sonderprogramm Ost aufgelegt werden.

21. Die Wirtschaftsräume müssen durch ein leistungsfähiges Netz an Verkehrswegen verbunden werden.

Die zentrale Lage der neuen Länder muss besser genutzt werden, um ostdeutsche Wirtschaftsräume effektiv mit Ballungszentren in Deutschland und Europa zu verbinden.

Ostdeutschland besitzt ein überdurchschnittliches Netz an Schieneninfrastruktur, das in der Fläche in großen Teilen sanierungsbedürftig ist. Um Verkehr ökonomisch, ökologisch und ressourcenschonend über längere Wege zu transportieren, müssen wir die Voraussetzungen schaffen, Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

22. Die Finanzierbarkeit von Verkehrsprojekten muss durch eine stärkere Einbindung privaten Kapitals gesichert werden.

Die Möglichkeiten für öffentliche und private Vorfinanzierung müssen geschaffen werden. Außerdem muss der Förderkatalog der GA erweitert werden, sodass aus diesen Mitteln Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern finanziert werden.

BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG, KULTUR

Die beruflichen Chancen der Menschen in den neuen Ländern und die Standortattraktivität verbessern sich entscheidend durch gute Bildung und Ausbildung. Es muss verstärkt "in Köpfe" investiert werden, um sich dem zunehmenden, international ausgetragenen Konkurrenzkampf zu stellen.

23. Ein stärker leistungsorientiertes, gegliedertes Schulsystem muss Maßstab für alle Länder sein.

Das Abitur nach zwölf Jahren auf der Basis eines achtjährigen gymnasialen Bildungsganges muss in allen Ländern eingeführt werden. Die Förderung von besonders Begabten muss intensiviert werden; dem Ausbau entsprechender Spezialschulen muss alle mögliche Förderung zuteil werden.

24. Die Bedeutung der Kernfächer muss aufgewertet und neue Formen der Leistungsbewertung eingeführt werden.

Die Fächer Deutsch, Mathematik und Geschichte sowie die Naturwissenschaften und Fremdsprachen müssen als Kernfächer flächendeckend anerkannt und einheitliche Bewertungskriterien geschaffen werden. Evangelischer und katholischer Religionsunterricht müssen als Wahlpflichtfach in allen neuen Ländern auf der Studentafel stehen.

25. Durch die Einführung von Kopfnoten muss die Einschätzung des Sozialverhaltens von Schülern und Jugendlichen erleichtert werden.

Mit der Einführung von Kopfnoten muss den erhöhten Anforderungen der Gesellschaft an soziale Kompetenz und Dialogfähigkeit in transparenter Weise entsprochen werden.

26. Investitionen in Forschung und Technologietransfer müssen weiterhin als außerordentliche Aufgabe und Priorität betrachtet und ausgebaut werden.

Der Ausbau der Hochschulen und die Investitionen "in Köpfe" müssen verstärkt und die positive Einstellung der Ostdeutschen zu technischen und naturwissenschaftlichen Fächern dafür als wertvoller Standortvorteil genutzt werden. Bis zum Jahr 2010 sollten im Durchschnitt 10 bis 20 % ausländische Studenten an den Hochschulen immatrikuliert sein und der Anteil der Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung auf mindestens 3 % gesteigert werden.

27. Den staatlichen Hochschulen müssen mehr Rechte übertragen werden.

Die öffentlich finanzierten Hochschulen müssen durch eigene Auswahl ihrer Studenten in die Lage versetzt werden, sich intensiver der Konkurrenz zu stellen. Sowohl die Grundlagen- als auch die Anwendungsforschung müssen sinnvoll durch die Vernetzung zwischen privaten und öffentlichen Potentialen gestärkt werden.

28. Das Weltkulturerbe und die regionalen Kulturlandschaften müssen gleichermaßen gepflegt und erhalten werden.

Die Pflege des Weltkulturerbes und der Erhalt der regionalen Kulturlandschaften müssen hinreichend gesichert sein, auch um die Attraktivität der "weichen" Standortfaktoren weiter zu verbessern.

29. Standorte für Filmproduktionen in den neuen Ländern müssen noch attraktiver gestaltet werden.

Die Standorte für Filmproduktionen müssen als Kultur- und Wirtschaftsfaktoren ausgebaut werden. Die geplante "Bundeskulturstiftung" muss als Chance genutzt und entschieden vorangetrieben werden. Die Stiftung muss unter dem Dach der Kulturstiftung der Länder Platz finden und sich auf Schwerpunkte von nationalem Rang konzentrieren. Sie muss mit genügend großem Stiftungskapital und ausreichendem Finanzrahmen ausgestattet sein.

KOMMUNEN

Die finanzielle Situation der Kommunen in Ost und West weist erhebliche Unterschiede auf. Während sich im Jahr 2000 die Steuereinnahmen westdeutscher Kommunen insgesamt erhöhten, stagnierten die Steuereinnahmen der ostdeutschen Kommunen. Im Jahr 2000 lagen in den ostdeutschen Kommunen die Steuereinnahmen je Einwohner nur bei 40 % der Steuereinnahmen in westdeutschen Kommunen.

30. Für die Kommunen muss eine Infrastrukturpauschale eingeführt und mehr Autonomie bei den Gemeindefinanzen ermöglicht werden.

Die ostdeutschen Kommunen müssen dadurch besser in die Lage versetzt werden, wichtige Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren und zügig voranzutreiben. Ziel einer Reform der Gemeindefinanzen und der Gewerbesteuer muss es sein, das Engagement der Kommunen für die Ansiedlung von Unternehmen, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld stärker zu belohnen.

STADTSANIERUNG

Im Osten stehen über eine Million Wohnungen leer. Unklare Rahmenbedingungen und bürokratische Hindernisse verzögern notwendige Sanierungsprojekte in den Kommunen. Der Abriss von Plattenbauten kann die Stadtsanierung mehr voranbringen als teure Rückbaukonzepte.

31. Die Stadtsanierung muss verstärkt über Leerstands-beseitigung und Innenstadtsanierung vorangetrieben werden.

Bei der Stadtsanierung muss flexibel und unbürokratisch vorgegangen werden. Die finanziellen Hilfen des Bundes für die Stadtsanierung müssen erhöht werden. Für jeden beseitigten Quadratmeter Leerstand müssen die Altschulden erlassen werden.

32. Die Eigenheimzulage für Neubauten muss in Ost und West gleich sein.

Über höhere Zulagen für den Erwerb von Wohnungen aus dem Bestand im Vergleich zum Neubau muss die Attraktivität fürs Wohnen in Innenstadtbereichen verbessert werden.

LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft als ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den neuen Ländern ist durch großräumige und wirtschaftlich erfolgreiche Strukturen geprägt.

33. Alle Betriebsformen und -größen müssen gleichberechtigte Zukunftschancen haben.

Wettbewerbsfähige landwirtschaftlichen Strukturen müssen erhalten bleiben und die bestehenden Strukturen als Grundlage für die Weiterentwicklung betrachtet werden. Die historisch gewachsenen Betriebsgrößen dürfen gegenüber anderen nicht benachteiligt werden.

34. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden EU-Osterweiterung müssen Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Vergleich abgebaut werden.

Nationale Alleingänge, beispielsweise bei der Besteuerung des Agrardiesels und der Einführung der Modulation, dürfen nicht zu einer überdurchschnittlichen Belastung der flächenintensiven ostdeutschen Betriebe führen.

35. Die EU-Agrarreform muss so fortgeführt werden, dass ostdeutsche Agrarbetriebe nicht diskriminiert werden.

Die bevorstehenden WTO- und EU-Osterweiterungsverhandlungen müssen als wichtigste Herausforderung für die ostdeutsche Landwirtschaft betrachtet werden. Die Ökosteuer muss gestoppt werden. Die Quotierung der ostdeutschen Landwirtschaft muss überprüft werden.

FÖDERALISMUS

Die neuen Länder brauchen auf Grund ihrer besonderen Situation größere Freiräume für eigenständige Entwicklungen. Dieser Entscheidungsspielraum allein ist aber zu wenig, wenn eine ausreichende Leistungsfähigkeit nicht gegeben ist.

36. Durch Stärkung des Föderalismus müssen neue Kräfte freigesetzt werden.

Durch effizientere Entscheidungsstrukturen, klare Verantwortlichkeiten und Transparenz muss die Handlungsfähigkeit aller politischen Ebenen und die Entscheidungsgeschwindigkeit erhöht werden. Durch Auflösen von Mischfinanzierungen muss ein Anreizsystem eingeführt werden, das Erfolg und Misserfolg der Politik deutlich macht.

Die Ostdeutschen müssen in Bundesbehörden entsprechend ihrem regionalen Proporz - insbesondere in Leitungsfunktionen - angemessen vertreten sein.

37. Die Ostdeutschen müssen verstärkt zu Bewerbungen ermutigt und bei gleicher Eignung auch für Leitungspositionen tatsächlich berücksichtigt werden.

NATION UND GESCHICHTE

Die Erfahrungen mit der SED-Diktatur haben gezeigt, dass Sozialismus und Demokratie unvereinbar sind. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die friedliche Revolution vom Herbst 1989 sind positive Ereignisse der deutschen Geschichte, auf die alle Deutschen stolz sein können.

38. Nation und nationale Identität müssen auch in Zukunft wesentliche Bestandteile unserer Kultur bleiben.

Das Gedenken an die beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts ebenso wie das Erinnern an die demokratischen Traditionen unseres Landes müssen in unserer Kultur fest verankert werden. Die Pflege von Gedenk- und Erinnerungsstätten von nationaler und regionaler Bedeutung muss ausreichend gesichert werden.

39. Die friedliche Revolution der Ostdeutschen von 1989 muss fester und wahrnehmbarer Bestandteil in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik werden.

Dieser positive Bezugspunkt muss einen sichtbaren Ausdruck in unserer Erinnerungskultur finden. Deutschland muss mit der Errichtung eines Freiheits-

und Einheitsdenkmals dieses Ereignis würdigen, wobei auch an den Widerstand während der gesamten Zeit der sozialistischen Diktatur erinnert wird. Der 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 2003 muss entsprechend würdig begangen werden.

40. Die Opfer der SED-Diktatur müssen angemessen entschädigt und deren Einsatz für Freiheit und Menschenrechte gewürdigt werden.

Die Union setzt sich für eine Ehrenpension für die Opfer des SED-Regimes ein. Daneben wird sie Initiativen unterstützen, die zu einer substanziellen Verbesserung der Situation der Opfer der SED-Diktatur führen.

OSTERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Menschen in den Grenzregionen zu den Beitrittsländern müssen umfassend über die EU-Osterweiterung informiert werden. Die Lage in der Mitte Europas ist für die neuen Länder eine große Chance.

41. Es muss ein nationales Programm zur Förderung der Grenzregionen zu den Beitrittsländern geschaffen werden.

Parallel zu den laufenden Beitrittsverhandlungen muss ein Grenzgürtel-Aktionsplan mit Maßnahmen aufgestellt werden, die den Anpassungsdruck im Zusammenhang mit dem Beitritt abfedern und die Grenzregionen aktiv auf den Beitritt vorbereiten helfen.

42. Für die Grenzregionen müssen angemessene Übergangsregelungen geschaffen werden.

Es müssen Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Übergangsvorschriften zur EU-Osterweiterung schnellstmöglich wieder entfallen können. Die neuen Ländern müssen ihre Standortvorteile nutzen und sich im harten Wettbewerb mit den Beitrittsländern behaupten. Arbeitnehmerfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, aber z.B. auch der Erwerb von Grund und Boden oder

die Erfüllung der EU-Umweltstandards durch Länder in Mittel- und Osteuropa müssen möglichst als Paket verhandelt werden.

Die Bildungspolitik muss den Veränderungen der Lebens- und Arbeitswelt im Zuge der EU-Osterweiterung Rechnung tragen. Schulen und Hochschulen müssen junge Leute dazu befähigen, die Chancen effektiv zu nutzen, die sich aus der Vernetzung mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ergeben. So kann Bildungspolitik die Basis für eine bessere Akzeptanz der Osterweiterung in der Bevölkerung bilden.

Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern müssen ihre Dienstleistungen und ihre Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung verstärken, um die Konkurrenzfähigkeit heimischer Unternehmen im Binnenmarkt zu sichern und die Erschließung der neuen Märkte in Mittel- und Osteuropa zu erleichtern.

Die Öffnung der Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik wird auch Kriminellen Freizügigkeit ermöglichen. Das lässt einen Anstieg insbesondere von Bagatelldelinquenz und von organisierter Kriminalität im Grenzraum zu erwarten. Für die Bürger in diesen Gebieten steht der Schutz der inneren Sicherheit deshalb im Zentrum des Interesses.

43. Der Ausbau transeuropäischer Netze muss von Deutschland vorangetrieben werden.

Damit Ostdeutschland seine Funktion in der Mitte Europas wahrnehmen kann, muss gerade dieser Standort mit transeuropäischen Verkehrsverbindungen ausgestattet werden.